



Bundesministerium  
der Justiz und  
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Dr. Jens Brandenburg  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Christian Lange MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär  
bei der Bundesministerin der Justiz und  
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL [pst-lange@bmjv.bund.de](mailto:pst-lange@bmjv.bund.de)

18 September 2019

**Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 9/125 vom 11. September 2019**

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre o. g. Frage beantworte ich wie folgt:

**Frage Nr. 9/125:**

*Was sind die inhaltlichen und zeitlichen Pläne der Bundesregierung bezüglich der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 2018 angekündigten gesetzlichen Verankerung der Unzulässigkeit geschlechtsangleicher medizinischer Eingriffe an Kindern, sofern diese aufschiebar und nicht zur Abwendung von Lebensgefahr notwendig sind (Koalitionsvertrag 2018, S. 21, siehe auch Bundestagsdrucksache 19/7586)?*

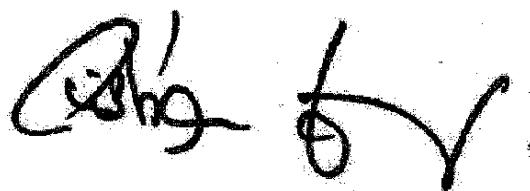
**Antwort:**

Die Bundesregierung plant, baldmöglichst einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. Die Frage zu den inhaltlichen Planungen kann derzeit noch nicht beantwortet werden, weil der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen ist.

-2-

Auf die Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 19/7586) zur Kleinen Anfrage der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katrin Helling-Plahr, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Bundestagsdrucksache 19/7299 – Gesetzliche Verankerung der Unzulässigkeit aufschiebbarer geschlechtsangleichender medizinischer Eingriffe an Kindern wird Bezug genommen (Bundestagsdrucksache 19/7586).

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature consisting of stylized, cursive letters, likely belonging to the person mentioned in the text.